Teilrevision Strassengesetz vom 15. September 1999 (StraG, SRSZ 442.110)

Vernehmlassungsverfahren

Synopse

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage	Bemerkungen
Strassengesetz	Strassengesetz	
(Vom 15. September 1999)	(Änderung vom ...)	
<i>Der Kantonsrat des Kantons Schwyz,</i> nach Einsicht in Bericht und Vorlage des Regierungsrates, <i>beschliesst:</i>	<i>Der Kantonsrat des Kantons Schwyz,</i> nach Einsicht in Bericht und Vorlage des Regierungsrates, <i>beschliesst:</i>	
	I. Das Strassengesetz vom 15. September 1999 wird wie folgt geändert:	
<i>2. Strassenhoheit</i>	<i>2. Hoheit</i>	
§ 10 Begriff und Zuständigkeit ¹ Strassenhoheit bedeutet Zuständigkeit für die Projektierung, den Bau, den Unterhalt und die Verwaltung der Strassen.	§ 10 Strassenhoheit ¹ Strassenhoheit bedeutet Zuständigkeit für die Planung und Projektierung, den Bau und Unterhalt sowie die Verwaltung der Strassen.	In der Bestimmung wird neu explizit auch die Zuständigkeit für die Planung erwähnt.
III. Strassenplanung und -projektierung	Wird aufgehoben.	
<i>1. Nutzungsplanung</i>	Wird aufgehoben.	
	§ 12 Kantonsrat Die Finanzierung von Massnahmen an Hauptstrassen beschliesst der Kantonsrat nach Massgabe der Gesetzgebung über den Finanzhaushalt.	Entspricht dem bisherigen § 20 Abs. 1.

	III. Strassenplanung und Projektgenehmigungsverfahren	
	<i>1. Planung</i>	
<p>§ 12 Planungshoheit</p> <p>¹ Hauptstrassen unterstehen der Planungshoheit des Kantons.</p> <p>² Die restlichen Strassen unterstehen der Planungshoheit der Gemeinde.</p>	<p>§ 13 Zuständigkeit</p> <p>¹ Hauptstrassen unterstehen der Planungshoheit des Kantons.</p> <p>² Die übrigen Strassen unterstehen der Planungshoheit der Gemeinden.</p>	Es erfolgt lediglich eine sprachliche Anpassung.
<p>§ 13 Planungsverfahren</p> <p>¹ Der Kanton plant Strassen nach dem Verfahren für den Erlass kantonalen Nutzungspläne (§§ 10 ff. PBG).</p> <p>² Die Gemeinde plant Strassen im Nutzungsplanverfahren nach PBG.</p>	<p>§ 14 Verfahren</p> <p>¹ Der Kanton plant Strassen im Rahmen des Projektgenehmigungsverfahrens.</p> <p>² Die Gemeinden planen Strassen im Nutzungsplanverfahren nach dem PBG.</p>	Es wird hier der neue Grundsatz geregelt, dass der Kanton seine Strassen im Rahmen des Projektgenehmigungsverfahrens statt wie bisher in einem eigenständigen Nutzungsplanverfahren plant.
<i>2. Projektgenehmigung</i>	Wird aufgehoben.	
<p>§ 14 Ausnahme von der Planungspflicht</p> <p>Bestehende Strassen ausserhalb der Bauzonen können mit Zustimmung des kantonalen Amtes im Projektgenehmigungsverfahren nach §§ 15 ff. erneuert, teilweise geändert und ausgebaut oder mit baulichen Verkehrsanordnungen ergänzt werden, wenn dies mit den wichtigen Anliegen der Raumplanung vereinbar ist.</p>	<p>§ 15 Ausnahme von der Planungspflicht</p> <p>Bestehende Strassen ausserhalb der Bauzonen können mit Zustimmung des zuständigen Amtes im Projektgenehmigungsverfahren nach §§ 16 ff. erneuert, teilweise geändert und ausgebaut oder mit baulichen Verkehrsanordnungen ergänzt werden, wenn dies mit den wichtigen Anliegen der Raumplanung vereinbar ist.</p>	Die bisherige Bestimmung wird lediglich sprachlich leicht angepasst.
	<i>2. Projektgenehmigungsverfahren</i>	
<p>§ 15 Verhältnis zum Baubewilligungsverfahren</p> <p>¹ Das Projektgenehmigungsverfahren ersetzt das Baubewilligungsverfahren nach dem PBG und ist das für die Umweltverträglichkeitsprüfung massgebliche Verfahren.</p>	<p>§ 16 Inhalt</p> <p>¹ Das Projektgenehmigungsverfahren ersetzt das Baubewilligungsverfahren nach dem PBG und ist das für die Umweltverträglichkeitsprüfung massgebliche Verfahren. Bei Hauptstrassen beinhaltet es zudem die erforderliche Raumausscheidung.</p>	Komplementär zum neuen § 14 wird erwähnt, dass das Projektgenehmigungsverfahren bei Hauptstrassen neu auch die erforderliche Raumausscheidung beinhaltet.
§ 16 Auflage	<p>§ 17</p> <p>Bisheriger § 16 wird zu § 17.</p>	Inhaltlich erfährt die Bestimmung keine Änderung.

<p>¹ Auflagepflichtig sind Projekte für den Neubau, den Ausbau oder den Wiederaufbau einer Strassenanlage oder Teilen davon.</p> <p>² Das Verfahren nach den §§ 78 und 79 PBG gilt sinngemäss.</p>		
<p>§ 17 Einsprachen</p> <p>¹ Innerhalb der Auflagefrist kann gegen das Bauprojekt schriftlich Einsprache erhoben werden.</p> <p>² Begehren, welche die Änderung eines Planes betreffen, der bereits einem Einsprache- und Auflageverfahren unterzogen wurde, sind unzulässig.</p>	<p>§ 18 Einsprache</p> <p>¹ Innerhalb der Auflagefrist kann gegen das Bauprojekt nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes schriftlich Einsprache erhoben werden. Dabei können bei Hauptstrassen auch Einwände gegen die Raumausscheidung erhoben werden.</p> <p>² Begehren, welche die Änderung eines kommunalen Planes betreffen, der bereits einem Auflage- und Einspracheverfahren unterzogen wurde, sind unzulässig.</p>	<p>Als Konsequenz der neuen Verfahrensordnung wird in dieser Bestimmung explizit festgehalten, dass mit der Einsprache auch Einwände gegen die Raumausscheidung erhoben werden können.</p>
<p>§ 18 Projektbeschluss</p> <p>¹ Der Regierungsrat beschliesst – unter Vorbehalt von § 19 – das Projekt.</p> <p>² Er integriert den Entscheid über unerledigte Einsprachen und die weiteren erforderlichen Bewilligungen und eröffnet sie gemeinsam.</p>	<p>§ 19 Projektgenehmigung</p> <p>¹ Die Exekutive des Strassenträgers genehmigt das Projekt.</p> <p>² Sie integriert den Entscheid über unerledigte Einsprachen und die weiteren erforderlichen Bewilligungen und eröffnet sie gemeinsam.</p>	<p>Weil diese Bestimmung neu auch für die Gemeinden direkt anwendbar ist, wird nicht mehr (nur) spezifisch der Regierungsrat als Genehmigungsbehörde erwähnt, sondern allgemein die Exekutive des (betroffenen) Strassenträgers.</p>
<p>§ 19 Beschwerde</p> <p>Gegen den Projektbeschluss, die integrierten weiteren Bewilligungen und Entscheide über die Einsprachen kann nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz⁷ Beschwerde erhoben werden.</p>	<p>§ 20 Beschwerde</p> <p>Gegen die Projektgenehmigung, die integrierten weiteren Bewilligungen und den Entscheid über die Einsprachen kann nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes Beschwerde erhoben werden.</p>	<p>Es erfolgen lediglich sprachliche Anpassungen.</p>
<p>§ 20 Kantonsrat</p> <p>¹ Die Finanzierung von Massnahmen an Hauptstrassen beschliesst der Kantonsrat nach Massgabe der Gesetzgebung über den Finanzhaushalt.</p> <p>² Vorbehalten bleibt das Finanzreferendum nach §§ 34 oder 35 der Kantonsverfassung.</p>		<p>Absatz 1 der bisherigen Bestimmung wird zum neuen § 12.</p> <p>Absatz 2 kann ersatzlos aufgehoben werden, weil der Referendumsvorbehalt keiner expliziten Nennung bedarf.</p>
<p>§ 21 Projektgenehmigung bei Vorhaben von Bezirken und Gemeinden</p>	<p>Wird aufgehoben.</p>	<p>Die §§ 13 – 20 nStraG sind direkt auch auf die Gemeinden anwendbar, so dass der bisherige Verweis aufgehoben werden kann.</p>

<p>¹ Die §§ 14 bis 18 gelten für die Projektgenehmigung der Bezirke und Gemeinden sinngemäss.</p> <p>² Die §§ 39 Abs. 2 und 40 Abs. 1 PBG bleiben vorbehalten.</p>		<p>Auch den unechten Vorbehalt im bisherigen Absatz 2 braucht es nicht mehr.</p>
	<p>II.</p> <p>Das Planungs- und Baugesetz vom 14. Mai 1987³ wird wie folgt geändert:</p> <p><i>§ 10 Abs. 1 Bst. b</i> ¹ (Das vom Regierungsrat bezeichnete Departement ist befugt, Nutzungspläne mit den zugehörigen Vorschriften zu erlassen für:)</p> <p>b) öffentliche Bauten und Anlagen, die zur Erfüllung wichtiger kantonaler oder regionaler Aufgaben erforderlich sind, ausgenommen Hauptstrassen.</p> <p><i>§ 12 Abs. 1</i> ¹ Das zuständige Departement kann bis zum Erlass oder während der Änderung von kantonalen Nutzungsplänen und bis zur Genehmigung von Hauptstrassen Planungszonen festlegen, in denen nichts unternommen werden darf, was die Nutzungsplanung oder die Projektgenehmigung erschweren könnte.</p>	